

I Wandlungen der israelischen Gesellschaft

Von Rudolf Küstermeier*

Rudolf Küstermeier war nach seiner Befreiung – nach 12 Jahren Zuchthäusern und KZs, die er wegen seiner Tätigkeit und Überzeugung gegen das NS-Regime durchstehen musste – von 1946 bis April 1950 der erste Chefredakteur der »Welt« und als erster Deutscher und Journalist 1950 in Israel. Ab 1957 war er Israel-Korrespondent für dpa und WDR/NDR, seit 1968 für den Deutschlandfunk.

Er wurde am 8. 2. 1903 in Bielefeld geboren und starb am 4. 12. 1977 in Tel Aviv und wurde am 21. 12. 1977 auf dem Ehrenfeld für Opfer des NS-Regimes auf dem Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt. Der israelische Konsul in Hamburg rief ihm nach: »Er war ein Kämpfer mit der Waffe der Feder und des Wortes von Deutschland

in Israel und von Israel in Deutschland.« ... Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose würdigte den Verstorbenen: »Rudolf Küstermeier hat uns den Glauben an Recht, Freiheit, Frieden und Menschlichkeit hinterlassen; diesen Prinzipien ist er auch in äusserster Bedrängnis nicht untreu geworden«¹

Die deutschsprachige Zeitung in Israel vom 8. 2. 1978 widmete ihm einen Beitrag unter der Überschrift: »Rudolf Küstermeier – ein Leben für eine gute Sache.«

Dieser Beitrag hier möchte zugleich als Zeichen des Dankes an Rudolf Küstermeier stehen für seinen immer bereiten Rat und Hilfe in jahrzehntelanger freundschaftlicher Verbundenheit. (Gertrud Luckner)

I.

Die Struktur der israelischen Gesellschaft von heute ist das Ergebnis einer Entwicklung, die beinahe ein Jahrhundert umfasst, deren wesentliche Aspekte sich jedoch in wenigen Schüben und mit jeweils beträchtlicher Schnelligkeit herausgebildet haben. Vieles Ältere ist geblieben; es hat aber Einbrüche und Änderungen gegeben, die das Gesamtbild entscheidend beeinflusst haben. Sie sind wichtig nicht nur zum Verständnis der Gegenwart, sondern vor allem auch für die Frage, wie die Zukunft Israels aussehen kann oder wird.

Israel ist ein Einwandererland, dessen Gesellschaft geformt wurde unter dem Einfluss der zionistischen Ideologie. Die Entwicklung des Landes und Volkes ist aber gleichzeitig stärkstens geprägt worden durch Gegebenheiten der Umwelt und durch praktische Erfordernisse des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Weder die Zielvorstellungen noch die Methoden zu ihrer Realisierung sind dieselben geblieben. Die israelische Gesellschaft von heute ist nicht, was sie nach den Vorstellungen der Väter einmal werden sollte.

Die vom Zionismus erstrebte Heimstätte für das jüdische Volk sollte garantieren, dass Juden aus aller Welt in Freiheit und Unabhängigkeit leben können, ohne Diskriminierung und Verfolgung und ohne Furcht vor Diskriminierung und Verfolgung. Diese Heimstätte sollte in Palästina begründet werden als dem Land der Väter; Dutzende von anderen Vorschlägen sind diskutiert worden, zuletzt Uganda; alle wurden abgelehnt wegen der sowohl religiösen wie historischen Bindung an das Land, das nach biblischer Tradition Gott den Juden gegeben hat. Bevor die zionistische Weltbewegung ihren Einfluss auszuüben begann, hat es in Palästina, über das ganze Land verstreut, kleine jüdische Inseln gegeben; nur in Jerusalem gab es grössere jüdische Gemeinschaften. Ihre Mitglieder waren im wesentlichen von zweierlei Art. Es gab die jüdischen Familien, die Jahrhunderte hindurch im Lande ansässig gewesen sind, insbesondere seit der Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahre 1492. Es gab ausserdem die zumeist älteren Juden, die zu allen Zeiten aus vielen Ländern nach Jerusalem gekommen sind, um dort zu sterben und begraben zu sein.

Von 1880 ab sind moderne jüdische Siedlungen in Palästina gegründet worden. In den Jahren 1880–1931 sind in vier Einwanderungswellen etwa 175 000 bis 180 000 Juden nach Palästina gekommen, weit überwiegend aus Osteuropa. Erster Anlass waren die Pogrome im zaristischen Russland und in Rumänien. Der ideologische Einfluss der zionistischen Bewegung, die die Heimkehr ins Land der Väter propagierte, ist im Laufe der Jahre ge-

wachsen. In Russland haben die Revolutionen von 1905 und 1917 zur Zunahme der jüdischen Auswanderungen beigetragen. Seit dem 1. Weltkrieg wurde die Anziehungskraft Palästinas durch die Balfour-Erklärung und durch die ersten Erfolge des modernen jüdischen Siedlungswesens verstärkt.

Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts ist der Einfluss sozialistischer Ideen in der zionistischen Bewegung immer wichtiger geworden. Vor allem im zaristischen Russland musste eine Annäherung zwischen Zionismus und Sozialismus als natürlich erscheinen. Beide waren Reformbewegungen, Emanzipationsbewegungen. Es bildete sich ein zionistischer Sozialismus heran, der innerhalb der zweiten sozialistischen Internationalen zu einer Sonderform wurde, ähnlich wie, auf andere Weise, die Labour Party oder die SPD. Der zionistische Sozialismus blieb gekennzeichnet durch ein starkes jüdisch-nationales Element; schliesslich war der Zionismus in erster Linie eine nationale Befreiungsbewegung.

Schon vor dem 1. Weltkrieg begann in Palästina die Ausformung des zionistischen Sozialismus für die Praxis. Zwei Schlagworte spielten dabei die Hauptrolle: »Eroberung des Bodens« und »Eroberung der Arbeit«. Erstrebte wurde die Rückkehr zur Landwirtschaft und zur Handarbeit. Die Juden sollten wieder Bauern werden. Es entwickelte sich eine nachhaltige Missachtung des Händlerturns und der Intellektuellen; bekämpft wurden insbesondere auch die jüdischen Grundbesitzer, die arabische Arbeiter beschäftigten und als Ausbeuter erschienen.

Idealbild des zionistischen Sozialismus wurde der Kibbuz, gekennzeichnet durch Gemeineigentum am Boden, weitgehende Realisierung des Gleichheitsprinzips in der Lebensweise wie in der Arbeitsorganisation, Verzicht auf Geld innerhalb des Kibbuz, gemeinsame Kindererziehung. Gleichzeitig bildete sich ein neues Menschenideal. Die Ziele und Lebensformen der europäischen Jugendbewegung wirkten sich aus; das Streben nach Einfachheit, nach »Rückkehr zur Natur« zeigte sich auch im äusseren Erscheinungsbild des Kibbuzniks. Ein erster deutlicher Einbruch in die bis 1932 zu verzeichnende Entwicklung kam mit der Einwanderung aus Deutschland. Es wurden weiterhin Kibbuzim gegründet; eine wichtige Rolle spielten z. B. die aus der deutschen jüdischen Jugendbewegung kommenden »Werkleute«. Starke Gruppen der deutschen Einwanderer gingen zwar nicht in die Kibbuzim, wohl aber in die Landwirtschaft, indem sie Gemeinschaftssiedlungen der unter dem Namen Moschaw bekannten Form begründeten, mit individuellem Bodenbesitz, aber genossenschaftlicher Organisation für Einkauf, Verkauf und wichtige Betriebsmittel.

Bedeutsam wurde indessen, dass die Einwanderer aus Deutschland in ihrer Mehrheit keine Zionisten waren. Sie kamen nicht als »Pioniere« wie die meisten Einwanderer

* Dieser Beitrag ist auch erschienen in: »Tribüne« (16. Jg.), Heft 62, Frankfurt a. M. 1977, S. 10–27.

¹ Vgl. in: »Die Welt«, Nr. 298, Hamburg, 22. 12. 1977.

der vorhergehenden Jahrzehnte, sondern als Flüchtlinge. Kennzeichnend ist die damals verbreitete Frage: »Bist du Zionist oder Deutscher?« Überdurchschnittlich viele waren Ärzte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler; sie fanden als solche keinen Platz und stiessen auf die Abneigung, die sich gegen Intellektuelle herausgebildet hatte. Dabei spielte sogar ihre überwiegend konventionelle gutbürgerliche Kleidung eine Rolle.

Die Einwanderer aus Deutschland waren in ihrer Mehrheit keine Sozialisten. Nicht wenige brachten Kapital ins Land und wurden Förderer der bis dahin zurückgebliebenen Privatwirtschaft. Sie gründeten auch eine eigene Partei, eine Art Mittelstandspartei, die sich später Progressive Partei nannte und heute in der Partei der Unabhängigen Liberalen fortlebt. Sie ist niemals zu einem echten Gegengewicht gegen die sozialistischen Parteien geworden, ist aber als Koalitionspartner nicht ohne Einfluss geblieben.

Ein völlig neues Element kam mit der Masseneinwanderung der Jahre 1948–1951. Sie bestand aus zwei Teilen. Zuerst gab es den Zustrom der DP's (displaced persons), die die Verfolgungen der Hitlerzeit überlebt hatten und nach Erez Israel strömten, weil sie Europa gründlich leid geworden waren. Sie bedeuteten wegen ihrer absoluten Mittellosigkeit, ihrer beträchtlichen gesundheitlichen Schäden und ihrer seelischen Verfassung vor allem auch ein soziales Problem. Ihre Einordnung wurde dadurch erleichtert, dass sie überwiegend aus Osteuropa waren und sich in Israel auf Menschen gleicher Art stützen konnten. Anders war es mit der Einwanderung aus asiatischen und afrikanischen Ländern, die sich von 1949 ab anschloss. Auch diese Einwanderer waren keine Zionisten oder Sozialisten; sie waren bis dahin von der zionistischen Bewegung kaum in Betracht gezogen worden und bedeuteten mit ihrem massenhaften Auftreten eine echte Überraschung. Sie folgten der Anziehungskraft, die der eben begründete jüdische Staat auf sie ausübte, und sie entflohen der Verfolgung, die mit der Staatsgründung in einigen arabischen Ländern einsetzte.

Die orientalische Einwanderung hatte schon rein zahlenmässig ein bedeutendes Gewicht. Während der Jahre 1948 bis 1954 sind aus Europa und Amerika 150 000 Einwanderer gekommen, aus Asien und Afrika dagegen über 170 000. Die asiatisch-afrikanischen Einwanderer brachten neue Probleme auch von ihrer qualitativen Zusammensetzung her. Unter ihnen gab es nur wenige Menschen mit handwerklicher oder sonstiger fachlicher Ausbildung. Viele waren Analphabeten, unter den Frauen zum Teil mehr als die Hälfte. Sie sprachen überwiegend Arabisch, also für Israel die Sprache der Feinde. Viele sprachen Französisch, während bis dahin Englisch und Deutsch die vorherrschenden Fremdsprachen gewesen waren. Ein Vorteil war, dass sie wegen der nahen Verwandtschaft der arabischen und der hebräischen Sprache schnell Hebräisch lernten, im Gegensatz zu vielen europäischen, insbesondere deutschen Einwanderern.

Die orientalische Masseneinwanderung hat eine teilweise Senkung des kulturellen Niveaus und ein Stagnieren der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung bewirkt; die mit den orientalischen Einwanderern importierte soziale Problematik ist bis heute akut geblieben.

II.

Mit der Staatsgründung im Jahre 1948 verschwand definitiv ein Problem, das vorher immer wieder zahlreiche Gemüter erhitzt hatte. Jahrzehntlang war die Frage offengeblieben, ob in Palästina nur eine »Heimstätte«, d. h. Freiheit für jüdische Ansiedlung unter fremder Regierung, oder ob ein unabhängiger jüdischer Staat erstrebt

werden sollte. Bevor im Jahre 1933 die Einwanderung aus Mitteleuropa einsetzte, war aus rein zahlenmässigen Gründen kaum an die Schaffung eines Staates zu denken gewesen. Die für das Eigengewicht des Staates entscheidende Bevölkerungsvermehrung ist erst nach der Staatsgründung gekommen.

Die Staatsgründung hatte wichtige Folgen für die sozialistischen Zielsetzungen der vorstaatlichen Zeit. Als am 25. Januar 1949 zum ersten Mal ein israelisches Parlament gewählt wurde, ergab sich eine sozialistische Mehrheit. David Ben-Gurion, der sich seit den 20er Jahren zum unbestrittenen Führer des Jischuw, d. h. der jüdischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina, entwickelt hatte, entschied sich aber für eine Koalition, die die sozialistischen Linksparteien draussen liess und statt dessen die »Vereinigte Religiöse Front« und die Progressive Partei hereinnahm. Ben-Gurion hatte dabei zwei Gründe. Er wollte keinen Kulturkampf, der vielleicht zu befürchten gewesen wäre, wenn eine sozialistische Mehrheit sich in der Kulturpolitik, insbesondere im Erziehungswesen, ausgewirkt hätte; ein grosser Teil der Sozialisten war – auch das ein Erbe aus dem zaristischen Russland – areligiös, wenn nicht antireligiös, eingestellt. Ausserdem war Ben-Gurion sich darüber klar, dass Israel ohne die Unterstützung der amerikanischen Juden nicht lebensfähig sein würde. Er wusste aus seinen langen Bemühungen, unter amerikanischen Juden für das jüdische Palästinaexperiment Interesse zu wecken, eine wie grosse Rolle in den USA die Abneigung gegen sozialistische Tendenzen spielte. In den späteren israelischen Parlamenten hat es niemals wieder eine so starke sozialistische Mehrheit gegeben wie 1949. Offenbar hängt diese Tatsache, zumindest zum Teil, mit der Masseneinwanderung der Jahre nach 1949 zusammen.

Der zionistische Sozialismus hat sich schliesslich vor allem als Genossenschaftssozialismus entwickelt. Das Genossenschaftswesen hat sich auf alle Wirtschaftszweige ausgedehnt. Israel darf als Musterland der Genossenschaftsbewegung gelten. Es hat als Lehrmeister für Genossenschaftswesen in mehreren Entwicklungsländern eine wichtige Rolle gespielt, bis diese unter dem Einfluss der Araber ihre Beziehungen zu Israel abgebrochen haben.

Eine Art Genossenschaftssozialismus bedeutet auch die starke Beteiligung der Histadrut, des israelischen Gewerkschaftsverbandes, an Industrieunternehmen. Sie schafft ziemlich oft Konflikte, weil es natürlich nicht ganz leicht sein kann, gleichzeitig Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen zu vertreten. Im ganzen sind aber die Histadrut-Unternehmen recht erfolgreich.

Das heutige Wirtschaftssystem Israels wird von den Fachleuten gewöhnlich als Staatskapitalismus bezeichnet. Der privatwirtschaftliche Sektor hat sich im Laufe der Jahre ständig ausgedehnt. Er mag jetzt etwa $\frac{1}{3}$ der Gesamtwirtschaft umfassen. Staatliche Einflussnahme und staatliche Kontrolle sind aber durchgehend wirksam; ihre wichtigsten Mittel sind billige Anleihen und Subventionen. Als ein schwerwiegender Übelstand erscheint heute die Tatsache, dass sich eine beinahe schrankenlose Bodenspekulation entwickeln konnte, obwohl 90 Prozent des Bodens sich im öffentlichen Besitz befinden. Der Übergang zum eigenen Staat ist in Israel relativ leicht vonstatten gegangen, soweit es sich um das organisatorische Gerüst und die wichtigsten personalen Regelungen handelte. Als die Engländer das Land verliessen, waren ausreichende Grundlagen für Regierung und Verwaltung vorhanden. Die Juden hatten sich, ebenso wie die Araber, unter der Mandatsregierung weitgehender Selbstregierung erfreut. In der Histadrut und in der

Sochnut, dem israelischen Zweig der zionistischen Weltorganisation, waren Apparate vorgebildet, auf die man für die Bildung der Regierung und Verwaltung zurückgreifen konnte. Den Kern des Aussenministeriums z. B. hat die Auslandsabteilung der Sochnut geliefert; sie musste nur erweitert und in das schwierigere Feld internationaler diplomatischer Beziehungen hinübergeführt werden.

Die Gründung des Staates Israel hat aber erhebliche psychologisch-politische Probleme mit sich gebracht. Sie hängen vor allem mit der Vergangenheit der Menschen zusammen, die nach Erez Israel eingewandert sind. Sie sind aus über 100 Ländern gekommen, sie sprechen vielerlei Sprachen, sie unterscheiden sich in vielerlei Traditionen. Sie hatten aber eines gemeinsam: Sie waren immer eine Minderheit gewesen; immer haben sie ihre jeweilige Regierung als mehr oder minder feindliche Gewalt empfunden, der gegenüber sie sich nur sehr eingeschränkt zu Loyalität verpflichtet fühlten, der man am besten auswich. Es bestand immer eher ein Spannungsverhältnis als eine gefühlsmässig und politisch positiv betonte Beziehung. Dies galt für den alten Jischuw auch noch unter der britischen Mandatsregierung. Sie war eine fremde Gewalt, sicher nicht in demselben Masse wie etwa die zaristische Regierung in Russland, aber doch suspekt, und man fühlte sich ihr um so weniger verbunden oder gar verpflichtet, wo sie die Interessen der Araber vertrat.

Am 15. Mai 1948 bekamen die Juden Palästinas dann buchstäblich über Nacht ihren eigenen Staat, ihre eigene Verwaltung. Es wurde Loyalität erwartet, Mitarbeit verlangt. Der Übergang fiel notwendig schwer. Die mit dem inneren persönlichen Verhältnis zum Staat verbundene Problematik ist zum Teil noch heute nicht überwunden; für viele Menschen bleibt er etwas Fremdes. Seine Ansprüche schaffen Unbehagen; das Bewusstsein, »der Staat sind wir«, hat sich bisher nicht definitiv durchgesetzt.

Erschwerend wirkt, dass die israelische Bürokratie den Prozess einer allmählichen Befreundung mit dem Staats- und Verwaltungsapparat eher erschwert als erleichtert. Viele Bürokraten benehmen sich so, wie sie es als Juden im zaristischen Russland oder sonstwo bei Bürokraten kennengelernt haben, die natürlich nicht die besten Vorbilder waren. Es gibt zu viele Bürokraten, die herrschen, die regieren wollen statt zu dienen. Vielen mangelt es an ausreichender Vorbildung. Vielerorts fehlt eine genügend gute Organisation der Bürokratie. Als Entschuldigung kann gelten, dass alles gelernt werden muss, dass alles seine Zeit braucht. Inzwischen aber wirken die mit der Entwicklung verbundenen Eigenheiten sich negativ aus; sie bleiben ein Hemmnis im technischen wie im psychologischen Sinn.

III.

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht steckte die wesentlichste Schwierigkeit für Aufbau und Entwicklung in der völlig anormalen und unzureichenden Berufsschichtung der Einwanderer. In ihren Heimatländern waren sie zu einem erheblichen Teil Berufsverboten verschiedener Art unterworfen gewesen. Niemals ist irgendwo in der Welt die jüdische Bevölkerung in allen Berufen und Gewerbszweigen ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend beteiligt gewesen. Es war ein Glück für die werdende Wirtschaft Israels, dass wenigstens aus Polen und Rumänien in grosser Zahl relativ gut ausgebildete Handwerker kamen; ohne sie wäre alles noch viel schwieriger gewesen. Es gab eine Zeit, in der jeder alles können musste. Überall wurde improvi-

siert. Ungelernte und angelernte Kräfte mussten die Hauptlast aller Arbeit tragen. Es hat viele Jahre gedauert, bis einigermaßen normale Verhältnisse gegeben waren. Heute steht die Berufsausbildung Israels auf hohem Niveau, doch bleiben immer noch wichtige Wünsche offen.

Die wichtigste wirtschaftspolitische Neuerung der ersten Jahre nach der Staatsgründung lag in der Schwerpunktverlagerung von der Landwirtschaft zur Industrie. Die Konzentrierung auf Landwirtschaft und Landarbeit, die bei den Pionieren der Frühzeit zum Glaubenssatz geworden war, liess sich nicht durchhalten, weil es dafür sowohl an Boden wie an Wasser fehlte. Für Hunderttausende, die in der Landwirtschaft nicht unterzubringen waren, musste Arbeit beschafft werden. Der mit der überschnell wachsenden Bevölkerung sich ausdehnende Binnenmarkt verlangte Waren, die zu importieren auf die Dauer weder aus devisentechnischen noch aus allgemein volkswirtschaftlichen Gründen möglich gewesen wäre. Nach schüchternen Anfängen in den 20er und 30er Jahren und etwas intensiveren Fortschritten seit dem 2. Weltkrieg haben sich schliesslich, gestützt auf die zunehmende Bevölkerung und den zunehmenden Markt, die wichtigsten Industriezweige schnell entwickelt, so die Nahrungsmittelindustrie, die Textilindustrie, die Metallindustrie, die Elektroindustrie.

Für die sowohl quantitative wie qualitative Entwicklung der israelischen Industrie ist die schnelle Zunahme der Industrie-Exporte besonders kennzeichnend. Im Jahre 1948, dem Jahre der Staatsgründung, erbrachte Israels Industrieausfuhr nur halb soviel wie die Agrarexporte. 25 Jahre später waren die Erlöse aus den Industriexporten achtmal so hoch wie die aus dem Agrarexport. Die Agrarexporte hatten sich (wertmässig, in Dollars) auf das 10fache, die Industriexporte auf das 150fache vermehrt. Heute gibt es nur wenige Produkte, die in Israel nicht hergestellt werden könnten. Auf den meisten Gebieten besteht, im Gegensatz zu früher, kaum noch Veranlassung, aus Qualitätsgründen ausländische Waren vorzuziehen.

Zunächst ist alles Interesse auf die blosse Ausdehnung des Produktionsvolumens gerichtet worden; auf einigen Gebieten, z. B. in der Textilindustrie, ist die Ausdehnung sogar über die Absatzmöglichkeiten hinausgegangen, so dass zurückgeschnitten werden musste. Seit einigen Jahren wird das Hauptgewicht auf die technologische Entwicklung gelegt, vor allem auch wegen der Notwendigkeit, den Export auszuweiten. Modernisierung der Arbeitsweise und Konzentrierung auf Produkte, die Zukunftsbedeutung haben, sind in den Vordergrund getreten; gepflegt werden vor allem die elektronische, die chemische und pharmazeutische und die Kunststoffindustrie. Hier zeigt sich eine Parallele zur Entwicklung der israelischen Landwirtschaft, die ihre Rekordleistungen auch in erster Linie ihrer durchweg modernen Arbeitsweise zu verdanken hat. Erleichternd wirkte, dass in Israel nicht, wie bei der Modernisierung der europäischen Landwirtschaft, hemmende Traditionen abgebaut werden mussten. Man fing am Nullpunkt an und konnte, nachdem Anfangsschwierigkeiten überwunden waren, mit den modernsten irgendwo verfügbaren Mitteln in die Breite gehen. Die Industrie folgte auf dem gleichen Wege; unter Überspringung von Zwischenstufen konnte sie sich auf Spitzenprodukte konzentrieren. Dabei ist sie dem unaufhörlichen Drängen der israelischen Armee nach immer neuen Fortschritten in der Waffentechnik gefolgt; zugleich ist ihr die Unterstützung der israeli-

schen Wissenschaft zugute gekommen, die sich bewusst neben der Grundlagenforschung in zunehmendem Masse der angewandten Forschung zugewendet hat.

Für die industrielle Entwicklung Israels ist bedeutsam geworden, dass auch die Kibbuzim sich beteiligt haben. Zunehmende Mechanisierung der Landwirtschaft hat dazu geführt, dass immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Es mussten also Beschäftigungsmöglichkeiten für den Nachwuchs gefunden werden, wenn man die jungen Menschen nicht verlieren wollte. Zugleich haben die Industriebetriebe sehr zur Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis der Kibbuzim beigetragen. Es gibt nur noch wenige, die nicht auch Industrie haben, und heute verdanken viele ihrer industriellen Betätigung sogar den grösseren Teil ihres Einkommens. Die Kibbuzindustrie ist ein besonders augenfälliger Beweis dafür, wie tiefgehende Wandlungen sich in ideologischer wie in praktischer Hinsicht seit der Staatsgründung ergeben haben. Nicht nur die Hinwendung zum Boden, zur Landwirtschaft, ist als Grundprinzip durch die tatsächliche Entwicklung überholt worden; die innere Struktur der Kibbuzim hat sich im ganzen verändert. Die Bedeutung des Gleichheitsideals ist zurückgetreten; wo ehemals jeder zu jeder Arbeit eingeteilt werden konnte, also etwa einmal auf dem Feld, dann im Kuhstall, dann in der Küche arbeiten musste, da gibt es heute Spezialisten, auch Manager. Natürlich wäre es weder von technischen noch von ökonomischen Gesichtspunkten aus sinnvoll, wenn ein diplomierter Ingenieur, der den Industriebetrieb des Kibbuz leitet, der auf Kosten des Kibbuz die Hochschule besucht hat und vielleicht zur weiteren Ausbildung auch ins Ausland geschickt worden ist, wechselweise mit anderen Arbeiten beschäftigt würde, die jeder verrichten kann. Weithin verlorengegangen ist auch das »einfache« Leben der Anfangszeit. Die meisten Kibbuzim sind wohlhabend geworden. Entsprechend hat ihre Lebensweise, haben ihre Wohnungen, haben ihre Anschauungen über Privatbesitz sich geändert. Nicht wenige Kibbuzim beschäftigen Lohnarbeiter, neuerdings auch arabische Arbeiter aus den besetzten Gebieten; ein grösserer »Sündenfall« ist, von den Idealen der Anfangszeit her gesehen, kaum denkbar. Allerdings haben einige Kibbuzim, sichtlich von schlechtem Gewissen geplagt, sich von ihren Industriebetrieben wieder getrennt.

Die Kibbuzmitglieder machen heute nur noch 3 Prozent der Bevölkerung aus; dass sie am Bruttosozialprodukt mit 12 Prozent beteiligt sind, kennzeichnet ihre Leistungsfähigkeit und ihre besondere Bedeutung für die Gesamtwirtschaft. Sie sind auch sonst eine Elite geblieben; weit überdurchschnittliche Beteiligung am Offizierscorps und in der Politik, auch im Parlament, sind deutliche Hinweise.

Ein kennzeichnender Grundzug der gesellschaftlichen Entwicklung Israels ist die ständig zunehmende Verstädterung. Im Jahre 1900 lebten in Palästina nur 10,4 Prozent der Juden auf dem Lande; ihre grosse Mehrheit war in Jerusalem ansässig. Unter dem Einfluss der zionistischen Siedlungsbewegung ist der Anteil der Landbevölkerung bis 1922 auf 17,1 Prozent, bis 1945 auf 25,7 Prozent gestiegen. Seit der Staatsgründung hat der Anteil der städtischen Bevölkerung wieder zugenommen. 1964 lebten noch 13,2 Prozent, 1974 nur noch 9,3 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels in ländlichen Siedlungen. Fast 30 Prozent der Gesamtbevölkerung leben heute allein in den drei Städten Jerusalem, Tel Aviv und Haifa. Die Anziehungskraft der Städte scheint sich fortzusetzen. Die geistige Einstellung, die kulturellen

Ansprüche, das soziale Verhalten, die Verbrauchsformen der grossen Mehrheit der israelischen Bevölkerung sind städtisch bestimmt.

Vom »Zurück zur Natur«, vom einfachen Leben auf dem Lande, kann also kaum noch die Rede sein. Infolge der extremen Verstädterung sieht Israel sich von all den Problemen überfallen, die auch sonst in der Welt für Grossstädte charakteristisch sind: Verkehrschaos, Lärmbelästigung, Luftverschmutzung. Wichtig ist die starke Zunahme der Kraftfahrzeuge. Heute entfällt auf jede 3. Familie ein Pkw.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge gibt auch einen Hinweis auf den steigenden Wohlstand. Israel ist kein Entwicklungsland mehr. Das Bruttosozialprodukt hat sich seit 1950 mehr als verdreifacht. Die Zahl der Millionäre hat ständig zugenommen. Überall finden sich Anzeichen luxuriösen Lebens, mit dem die reichgewordene Oberschicht den weniger Begüterten ein schlechtes Beispiel gibt. In weiten Kreisen werden Ansprüche geweckt, denen Israel beim gegenwärtigen Stand seiner Entwicklung nicht gewachsen ist und die deshalb zu tiefgehenden Spannungen und Konflikten führen.

Relativ unproblematisch ist die Haltung der Jugend. Sie ist weniger unruhig als die Jugend anderer Länder. Sie ist stärker als anderswo eingespannt in den Zwang, von Tag zu Tag vor allem um die Sicherheit des Landes besorgt zu sein. Der lange aktive Militärdienst mit anschliessendem regelmässigem Reservedienst und das deutlich spürbare Bemühen, im Beruf und im Studium die »verlorenen« Jahre möglichst schnell aufzuholen, formen die junge Generation so nachdrücklich, dass es für radikale Strömungen wenig Raum gibt.

In den 60er Jahren sind in der älteren Generation zeitweise ernsthafte Befürchtungen laut geworden. Man sprach von der »Espresso-Generation«; es verbreitete sich das Gefühl, die Jugend lebe in den Tag hinein, unverantwortlich, ihrer grossen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gesellschaft nicht genügend bewusst. Die damaligen Befürchtungen haben sich längst als übertrieben erwiesen. Die Tendenz zu bequemerem Leben ist stark, aber nicht stärker als bei den Älteren. Die Armee bleibt das Korrektiv; dass die Jugend heute nicht weniger verlässlich und einsatzbereit ist als früher, das hat sich besonders deutlich beim Ausbruch des Oktoberkrieges 1973 gezeigt. Ungesäumt sind Zehntausende von jungen Männern und jungen Frauen, wo immer die Nachricht vom Ausbruch des Krieges sie erreichte, an die Front geeilt, ohne sich umzusehen, oft ohne Abschied zu nehmen. Schmerzlich deutlich hat sich damals gezeigt, dass nicht die Haltung der Jugend zu wünschen übrig liess, sondern die Einsicht und Verlässlichkeit der Führung.

Wahr ist, dass asoziales Verhalten in der Jugend zugenommen hat, dass die Jugendkriminalität gestiegen ist. Israel steht aber günstiger da als die meisten vergleichbaren Länder, und schliesslich ist es nicht Schuld der Jugend, sondern der älteren Generation, wenn unzureichende soziale Verhältnisse, Wohnungsnot, mangelnde Fürsorge für unterprivilegierte Familien, Arbeitslosigkeit und andere Missstände dazu führen, dass unbefriedigend eingeordnete Jugendliche auf die schiefe Ebene geraten.

IV.

Bei allen gesellschaftlichen Wandlungen, die sich während der vergangenen Jahrzehnte herausgebildet haben, gibt es ein Gebiet, auf dem sich fast nichts geändert hat. In puncto Religion ist, institutionell gesehen, alles so, wie es zur Zeit der Staatsgründung war. Israel ist keine

Theokratie, aber der Einfluss des religiösen Establishments ist stark. Er macht sich um so mehr bemerkbar, als es ausschliesslich von Vertretern der Orthodoxie beherrscht wird. In der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel heisst es, dass alle Bürger gleichberechtigt sein sollen ohne Rücksicht auf ihre Religion und dass die Freiheit des religiösen Gewissens gewährleistet sein wird. Von der peinlichen Beobachtung dieser Grundsätze profitieren Christen, Moslems und Angehörige vieler anderer Religionen, aber nicht oder nur sehr eingeschränkt Anhänger des Reformjudentums. Versuche, die Vorherrschaft der Orthodoxie zu brechen, haben bisher wenig Erfolg gebracht; Verstösse, die auf eine Reform etwa des Eherechts zielen, sind bisher ausnahmslos abgeschlagen worden. Die Strenge, mit der auf Sabbatruhe geachtet wird, kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass es am Sabbat keinerlei öffentlichen Verkehr gibt. Wer einen Wagen hat, fährt wohin er will; bestraft sind die ärmeren Schichten, denen es unmöglich gemacht wird, am Wochenende ans Meer oder in die Berge zu fahren. Soziale Erwägungen dieser Art spielen aber für die Orthodoxie keine Rolle. Mischehen sind unmöglich; wer gleichwohl eine schliessen will, muss nach Zypern reisen; im Ausland geschlossene Ehen sind in Israel gültig. Ungereimtheiten dieser Art stehen in auffälligem Widerspruch zu der Fortschrittlichkeit, die auf allen anderen Gebieten für Israel charakteristisch ist. Bezeichnenderweise ist die Regierungskrise, durch die verfrühte Neuwahlen erzwungen worden sind, nicht wegen der drängenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder wegen der ungelösten aussenpolitischen Fragen entstanden, sondern wegen der Verletzung der Sabbatruhe durch eine offizielle Veranstaltung.

V.

Die israelische Gesellschaft von heute stellt sich als pluralistische Gesellschaft dar. Kennzeichnend ist vor allem die Zahl der Parteien. In den bisherigen Parlamenten sind immer ein Dutzend oder mehr Parteien vertreten gewesen. Häufig kommt es zu Zusammenschlüssen, aber ständig gibt es auch wieder Absplitterungen, so dass die Gesamtzahl der Parteien immer ungefähr die gleiche geblieben ist.

Die Vielzahl der Parteien erschwert die Regierungsbildung. Vor allem wird es schwer, zu einer konsequenten Politik zu kommen, weil immer wieder Kompromisse geschlossen werden müssen. Wahlreform und Parteienreform sind seit langem diskutiert, aber niemals in Angriff genommen worden, weil sich im Parlament keine Mehrheit dafür findet.

Die Vielfältigkeit der Bevölkerung wird durch die zahlreichen »Landsmannschaften« bedroht. Es ist gewiss natürlich, dass Neueinwanderer sich gern an Menschen halten, die dem gleichen Lande entstammen, die gleiche Sprache sprechen, die gleichen kulturellen Traditionen haben. Die Betonung der gleichen geographischen Herkunft kann aber auch als trennendes Moment wirken, insbesondere dann, wenn sie übertrieben wird. Einen Rekord halten die Einwanderer aus Deutschland: es gibt Vereinigungen der ehemaligen Berliner, Breslauer, Oberschlesier, Leipziger, Chemnitzer, Hannoveraner, Kasseler, Fuldaer, Kölner, Mannheimer, Süddeutschen (aus Bayern und Württemberg).

Die wichtigste Trennungslinie ist die zwischen Aschkenasim und Sefardim, zwischen Israelis europäisch-amerikanischer Herkunft einerseits und asiatisch-afrikanischer Herkunft andererseits. Der Anteil der orientalischen Bevölkerungselemente nimmt des grösseren Kinderreich-

tums wegen ständig zu; er beträgt gegenwärtig ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung. Die Gegensätze zwischen den beiden Gruppen sind so gross, dass man bereits von »zwei Israel« gesprochen hat; soziale und kulturelle Unterschiede treten gleich deutlich hervor. In den Volksschulen stammen über 50 Prozent der Kinder aus orientalischen Familien, in den höheren Schulen nur 10 Prozent, in den Hochschulen nur 3 Prozent. Die Armee versucht im Rahmen ihrer Erziehungs- und Bildungsmassnahmen ausgleichend zu wirken; dies kann aber nur zu einem kleinen Teil gelingen, solange nicht ein grundlegender Wandel an der Basis eintritt.

Die orientalischen Einwanderer sind mit einem erheblichen Bildungsrückstand ins Land gekommen. Ihm nicht frühzeitig durch Sondermassnahmen Rechnung getragen zu haben, ist zweifellos eines der wichtigsten Versäumnisse der bisherigen Regierungen. Eine grosse Gefahr liegt in der Tatsache, dass die Menschen des »zweiten Israel« in den ungelernten und angelernten Berufen stekkenzubleiben drohen. Ein Klassenunterschied, der zusammenfällt mit der Trennung nach geographischer Herkunft und Hautfarbe, könnte sich eines Tages als Sprengstoff erweisen, dem die ohnehin nur lose zusammengefügte israelische Gesellschaft vielleicht nicht gewachsen wäre.

Ständig gibt es auch Spannungen zwischen Einheimischen und Neueinwanderern. Obwohl in der älteren Hälfte der Bevölkerung alle einmal Neueinwanderer gewesen sind und alle selber die gleichen Schwierigkeiten durchgelebt haben, wiederholt sich immer dasselbe: dass Neueinwanderer zwar bei offiziellen Stellen Hilfen finden für ihre Einordnung, dass sie aber bei den bereits Etablierten auf Zurückhaltung und Abneigung stossen. Gegenwärtig machen die Einwanderer aus der Sowjetunion (seit 1972 etwa 110 000) diese Erfahrung. So sehr die Regierung und die zionistische Organisation Einwanderung nach Israel wünschen und zu fördern suchen, so sicher ist es, dass viele Israelis am liebsten keine weitere Einwanderung mehr haben möchten. Auch hier also ein Problem, das ein Zusammenwachsen der aus so sehr verschiedenen Elementen bestehenden Bevölkerung erschwert. Die Feindschaft der Araber erzwingt Solidarität und Einigkeit. Die bisherigen vier Kriege haben gezeigt, wie geschlossen, wie einmütig das ganze Volk kämpfen kann. Die Frage aber, wie es in Israel aussehen würde, wenn es die ständige äussere Bedrohung nicht gäbe, ist vielleicht nicht ganz abwegig.

VI.

Während der letzten Jahre sind in Israel in zunehmendem Masse Probleme der Arbeitswelt in den Vordergrund getreten. Bei den Krisenerscheinungen, von denen das Land heute geschüttelt wird, spielen sie eine grosse Rolle. Häufig gewinnt man den Eindruck, dass sie, wie soziale Probleme überhaupt, die seit der Staatsgründung im Vordergrund stehenden Sicherheitsprobleme an Wichtigkeit überholt haben.

Kritiker der israelischen Arbeitswelt haben seit Jahren darauf hingewiesen, dass ein zu grosses Gewicht bei den Diensten liegt. Im Jahre 1955 waren 57 Prozent aller Arbeitskräfte in den produktiven Zweigen der Wirtschaft beschäftigt, 1975 war ihr Anteil auf 46 Prozent gefallen. In der gleichen Zeit ist der Anteil der bei Regierung, Verwaltung und öffentlichen Institutionen beschäftigten Angestellten von 21 Prozent auf 30 Prozent gestiegen; es gibt mehr Büroangestellte als Industriearbeiter. Im Jahre 1947 waren 70 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder pro-

duktiv beschäftigt, jetzt sind es nur wenig mehr als 40 Prozent.

Die Aufblähung der Bürokratie hat sich zum Teil im Zusammenhang mit der Masseneinwanderung der ersten Nachkriegsjahre entwickelt. Wer sonst keinen Arbeitsplatz finden konnte, wurde zunächst einmal bei einer Behörde oder bei einer öffentlichen Institution untergebracht. Heute herrscht Einverständnis darüber, dass eine Stärkung des produktiven Sektors dringend nötig ist. Sie wird aber nur allmählich möglich sein, weil eine massenweise Verpflanzung von Arbeitskräften aus den öffentlichen Diensten in die Wirtschaft erhebliche Umschulungsmassnahmen erforderlich machen würde und weil »erworbene Rechte« eine zu grosse Rolle spielen. Es sind aber Bestrebungen erkennbar, die wenigstens eine weitere Ausdehnung der Behördenapparate verhindern sollen. Dabei spielen Bemühungen um eine Reduktion der öffentlichen Aufgaben eine wichtige Rolle.

Die israelische Wirtschaft ist seit Jahren in einem Masse von Streiks und anderen »Sanktionen« der Arbeiter und Angestellten heimgesucht worden, das wohl kaum seinesgleichen hat. Ununterbrochen gibt es irgendwo Arbeitskonflikte, bezeichnenderweise am wenigsten in der Industrie, am meisten bei den Angestellten und Beamten. Ärzte und Krankenschwestern, Lehrer, Ingenieure, Luftfahrtpersonal, Behördenangestellte jeder Art streiken, weil sie glauben, auf andere Weise ihre Einkommensforderungen nicht durchsetzen zu können. Die gegenwärtige Krisensituation ist dadurch entstanden, dass die Einkommen vielfach mit der inflationären Entwicklung nicht Schritt gehalten haben, dass sich im Laufe der Jahre allerlei, zum Teil offensichtlich ungerechte, Unterschiede in der Einkommensentwicklung verschiedener Arbeiter- und Angestelltengruppen herausgebildet haben, dass die verantwortlichen Instanzen drohende Arbeitskonflikte nicht ernst genug genommen und dass die Gewerkschaften weitgehend die Kontrolle über ihre Mitglieder verloren haben. Die Mehrzahl der Streiks sind wilde Streiks. Es hat sicherlich nicht zu ihrer Verminderung beigetragen, dass die Behörden meistens nachgegeben haben. Die Überzeugung, durch Streiks und »Sanktionen« sei schlechthin alles zu erreichen, ist weit verbreitet.

An einem kritischen Punkt sind insbesondere die israelischen Gewerkschaften angekommen. Die Histadrut, ehemals einer der wichtigsten Träger von Entwicklung und Fortschritt, erscheint heute eher als konservatives Element. Die Gewerkschaften sind Jahrzehnte hindurch eines der ausschlaggebenden Machtzentren des Landes gewesen, haben neuerdings aber, zweifellos durch die Schuld der Führung, viel von ihrem Einfluss verloren. Nicht nur die wilden Streiks sind kennzeichnend; noch bedenklicher ist die Tatsache, dass die Gewerkschaften kein Programm haben, mit dem sie ernstlich zur Überwindung der wirtschafts- und sozialpolitischen Schwierigkeiten von heute beitragen könnten. Die Gewerkschaften sind vielfach in eine Zwangslage geraten, weil sie ihren Einfluss auf ihre Mitglieder bewahren oder zurückgewinnen möchten und weil in vieler Hinsicht die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik der Regierung versagt hat. Da es der Regierung nicht gelungen ist, schrankenloses Gewinnstreben zu verhindern und bei den veranlagten Einkommensteuern, deren Anteil am gesamten Steueraufkommen ständig zurückgegangen ist, Steuerehrlichkeit durchzusetzen, werden immer neue Lohn- und Gehaltsforderungen, einschliesslich der zu ihrer Durchsetzung verwendeten Druckmittel, weithin als moralisch gerechtfertigt betrachtet. Das ändert aber

nichts daran, dass durch die zahllosen Arbeitskonflikte unübersehbarer Schaden in wichtigen Wirtschaftszweigen (Luftfahrt, Häfen, Export) und in lebenswichtigen Diensten (Gesundheitswesen, Erziehungswesen) verursacht wird. Hier Wandel zu schaffen, wird eine der wichtigsten Aufgaben einer neuen Regierung sein.

VII.

Eine kritische Betrachtung der israelischen Gesellschaft von heute führt leicht zu der Erkenntnis, dass sich ihr Zustand während der letzten Jahre nicht nur in Einzel Tatsachen, sondern grundsätzlich geändert hat. Der Pioniergeist, der in den 20er und 30er Jahren die Grundlagen geschaffen hat für alle Errungenschaften, auf die Israel mit Recht stolz ist, der sich nach der Staatsgründung so wunderbar bewährt hat bei der Einordnung der Masseneinwanderung und der allmählichen Stabilisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – dieser Pioniergeist ist im Schwinden begriffen. Er ist nur noch in kleinen Gruppen lebendig, so bei den Menschen, die während der letzten Jahre neue Siedlungen im Negev, im Jordantal und auf den Golanhöhen begründet haben. Besonders interessant ist der »Gusch Emunim« (Block der Frommen), der der national-religiösen Partei nahesteht, aber auch in anderen Parteien Freunde hat. Stärker als irgendwo sonst wird in dieser Gruppe auf religiöser Basis Pioniergeist bester Tradition bestätigt. Die Gruppe hat sich aber spezialisiert auf Ansiedlung in den besetzten Gebieten; sie ist dabei in Gegensatz zur Politik der Regierung geraten. Man hat nicht den Eindruck, dass der Gusch Emunim die Annektion aller israelisch besetzten arabischen Gebiete erstrebt; er beansprucht aber das Recht auf jüdische Siedlung überall da, wo in alten Zeiten Juden gelebt haben. Es liegt eine gewisse Tragik darin, dass nun, da Pioniergeist so selten geworden ist, die israelische Regierung aus aussenpolitischen Gründen die Aktivitäten einer Gruppe bremsen muss, in der zionistischer Idealismus wie nirgends sonst eine Wiedergeburt erlebt.

Neben dem Schwinden des Pioniergeistes ist in der israelischen Gesellschaft neuerdings ein zweites Charakteristikum in den Vordergrund getreten: wachsende Unruhe, Unsicherheit und Nachdenklichkeit. Nachdenken kann sicher nur nützlich sein; es war nicht immer ein Vorteil für Israel, dass unter dem Druck der Verhältnisse das Tun im Vordergrund stand und das Denken oft erst nachher – und manchmal zu spät – kam. Ob die Unruhe, die jetzt überall bemerkbar ist, sich als produktiv erweisen wird, muss sich noch zeigen.

Diese Unruhe ist seit dem Oktoberkrieg von 1973 allgemein geworden. Der Krieg hat einige wichtige Illusionen zerstört. Er hat vor allem das Vertrauen in die bis dahin herrschende Führerschicht erschüttert. Kennzeichnend ist das Entstehen neuer politischer Gruppierungen, die sich in ihren Einzelforderungen unterscheiden, aber gemeinsam der Überzeugung sind: »Es muss anders werden!«

Soweit es sich hierbei um Folgen des Krieges handelt, wird man sagen dürfen, dass zwar das Selbstbewusstsein der Israelis, wie es sich zumal nach dem Sechstagekrieg von 1967 entwickelt hatte, übertrieben war, dass aber die Unsicherheit, die der Krieg von 1973 wegen der anfänglichen ägyptischen und syrischen Erfolge hervorgerufen hat, genauso übertrieben ist. Die Wahrheit liegt in der Mitte, und es ist gewiss berechtigt, dass inzwischen in rein militärischen Fragen Selbstsicherheit und Zuversicht zurückgewonnen wurden. Die Befreiungsaktion von Entebbe hat dabei mitgeholfen.

Es gibt aber andere als militärische Ursachen für hochgradige Unsicherheit. An der Spitze steht die Inflation, mit Preiserhöhungen von annähernd 40 Prozent im vergangenen Jahr. Sie sind verursacht durch die Verteidigungsausgaben, die wegen der seit 1973 nötig gewordenen Umrüstung alle früheren Rekorde übertreffen. Die Verteidigungsausgaben werden gedeckt durch nicht verdientes Geld: durch ausländische Zuwendungen und immer neue Anleihen. Ein kleiner, aber wichtiger Fortschritt ist, dass neuerdings durch Steigerung der Exporte und Verringerung der Importe die Handelsbilanz verbessert werden konnte.

Durch wirtschaftspolitische und finanzpolitische Massnahmen liesse die inflationäre Entwicklung sich drosseln. Sie wird indessen von den für die Verteidigung notwendigen Ausgaben abhängig bleiben und so lange eine wirtschaftliche Gesundung unmöglich machen, wie die Verteidigungsausgaben nicht radikal gesenkt werden können.

Während der letzten Jahre ist die israelische Gesellschaft von einer zunehmenden Zahl politischer und wirtschaftlicher Skandale erschüttert worden. Sie haben das durch Inflation und Arbeitskämpfe verursachte Unbehagen erheblich verstärkt. Probleme der inneren Ordnung des Staates werden deshalb mehr und intensiver als früher öffentlich diskutiert. Dabei wird erneut, wie vorher in militärischen Fragen, die Selbstkritik zum Teil übertrieben. Erscheinungen wie die politischen und wirtschaftlichen Skandale oder auch die zunehmende Kriminalität, insbesondere unter der Jugend, sind auf ihre Art eine Folge der allmählichen Normalisierung der israelischen Gesellschaft. Alles an den Idealen der Pionierzeit zu messen, ist zweifellos abwegig. Das Rad der Entwicklung lässt sich nicht zurückdrehen. Wohl aber wird es nötig sein, in ernsthafter Selbstprüfung zu entscheiden, was für die Zukunft als gut und was als schlecht gelten soll. Das Streben nach höherem Lebensstandard und die Tendenz zum Wohlfahrtsstaat sind zweifellos legitim. Israel kann aber auf die Dauer nicht über seine Mittel leben. Es wird versuchen müssen, die Modernisierung seiner Wirtschaft, die Förderung ihrer Produktivität, ihre Anpassung an weltwirtschaftliche Erfordernisse zielstrebig vorwärts zu treiben. Dass sich in Israel viele Rückstände aus vorindustrieller Wirtschaft erhalten haben, braucht keine Schande zu sein; es hängt zum Teil notwendig mit der Herkunft der Einwanderer und der Jugend des Staates, seiner Wirtschaft und seiner Gesellschaft zusammen. Nötig ist aber, dass die bestehenden Mängel erkannt und dass für ihre Überwindung Prioritäten gesetzt werden.

Eine wichtige Ursache gesellschaftlicher Unruhe ist die langsam sich verbreitende Erkenntnis, dass die überkommenen zionistischen Zielsetzungen an wichtigen Stellen reformbedürftig geworden sind. Die Einwanderung nach Israel hat abgenommen, die Auswanderung hat zugenommen. Ob und in welchem Ausmass es weiterhin Einwanderer aus der Sowjetunion geben wird, hängt nicht nur von der Sowjetregierung ab, sondern davon, ob Israel für russische Juden überhaupt attraktiv ist. Dass über 50 Prozent der in Wien eintreffenden russischen Juden nicht nach Israel kommen, sondern andere Länder vorziehen, ist ein bedeutsames Alarmzeichen.

Als Theodor Herzl die zionistische Bewegung begründete, da dachte er an eine neue Heimat für Juden, die sich bedroht und verfolgt sahen; er dachte vor allem an die osteuropäischen Juden seiner Zeit. Später ist die Idee propagiert worden, alle Juden der ganzen Welt müssten

nach Israel kommen oder, wenn nicht alle, so doch wenigstens ihre grosse Mehrheit. Diese Zielsetzung erscheint heute als überholt. Es verbreitet sich die Einsicht, dass in Israel immer nur eine Minderheit des Weltjudentums leben wird. Einer der Kritiker der heutigen gesellschaftlichen und politischen Ordnung Israels, der General der Reserve (und neuerdings Parteigründer) Ariel Sharon, hat bereits sagen können, Israel sei »eher eine Provinz als das Zentrum des jüdischen Volkes«. Eine solche Äusserung muss für alte Zionisten schmerzhaft sein. In dem Masse, wie sie die Tatsachen trifft, muss aber ein neues Verhältnis zur Diaspora gefunden werden.

Wenn Israels Anteil an der jüdischen Weltbevölkerung sich bei einem Drittel oder wenig mehr stabilisieren sollte, so wird damit der Anspruch Israels auf eine absolute Vorrangstellung innerhalb des Weltjudentums stark berührt. Es ist kennzeichnend, dass die zionistische Weltorganisation seit längerem ein Mitspracherecht verlangt, wo bisher israelische Instanzen allein entschieden haben. Die ausserhalb Israels lebenden Juden wollen nicht mehr nur Geld geben; sie wollen Einfluss auf seine Verwendung haben. Sie wollen auch in politischen Fragen mitreden; ein ständig von neuem auflebender Streit betrifft die Aktivitäten des Präsidenten der Jüdischen Weltorganisation, Dr. Nahum Goldmann, der sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den Arabern eigene Initiativen des Weltjudentums entwickeln möchte, um damit zu einer Friedenslösung im Nahen Osten beizutragen, der sich dadurch aber in Israels offiziellen Kreisen sehr unbeliebt gemacht hat.

Auf die Dauer wird eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen zwischen Israel und der jüdischen Diaspora sich nicht vermeiden lassen. Ein wichtiger Ansatzpunkt dafür ist bereits festgelegt insofern, als die Einwanderung nach Israel gar nicht mehr als Hauptziel der zionistischen Bewegung erscheint. Ihr Interesse gilt ganz allgemein der Erhaltung des Judentums in seinem gegenwärtigen Bestand. In der Diaspora ist der Kampf gegen zunehmende Assimilierung in den Vordergrund getreten. Die Schaffung jüdischer Erziehungseinrichtungen ist weithin ein wichtigeres Anliegen geworden als die Propaganda für Auswanderung nach Israel. Allerdings besteht vielfach die Hoffnung, dass die Vertiefung jüdischen Bewusstseins in der Diaspora schliesslich auch die Neigung zur Auswanderung nach Israel wieder verstärken wird.

In der Frühzeit der zionistischen Bewegung ist die Ansicht vertreten worden, die Auswanderung aller Juden nach Israel werde zur Überwindung des Antisemitismus führen. Auch diese Hoffnung erscheint heute als überholt. Antisemitismus existiert überall, unabhängig von der Zahl und dem Einfluss der Juden in einem Lande. Ausserdem hat die Gründung des Staates Israel in der Form des »Antizionismus« neue Gefahren geschaffen, die nicht weniger bedrohlich sind als der alte Antisemitismus. Charakteristisch sind die antizionistischen Resolutionen in der Vollversammlung und in den Unterorganisationen der UNO und der Antizionismus der Neuen Linken, der, obwohl grundsätzlich vom Antisemitismus traditioneller Prägung unterschieden, praktisch auf dasselbe hinausläuft. Der Kampf des Judentums um seine Existenz geht weiter, innerhalb wie ausserhalb Israels. Für Israel sind neben der politischen Bedeutung dieser Tatsache vor allem auch ihre psychologischen Folgen wichtig.

Eine dritte Frage, die viele Israelis unruhig und unsicher

macht, betrifft ihr Verhältnis zu den Arabern. Mehrere Erfahrungen wirken in der gleichen Richtung: die Aufwertung der PLO, die auf Beschlüssen der arabischen Regierungen beruht und ihren bisherigen Höhepunkt in der Anerkennung durch die UNO gefunden hat – verstärkte Unruhe auch unter den Arabern der besetzten Gebiete – verstärkte Unruhe auch unter den Arabern Israels, die sich durch die Erfolge der PLO ermuntert fühlen und stärker als früher gegen die Diskriminierung aufbegehren, die trotz weitgehender formaler Gleichberechtigung bisher nicht völlig überwunden ist.

Nicht nur das Programm der PLO, in dem das Verschwinden Israels zugunsten eines säkularen einheitlichen Palästina Staates gefordert wird, sondern auch die Gründung eines selbständigen Palästina Staates in den bisher israelisch besetzten Gebieten erscheint als akute Gefahr für Israel. Mancherorts wird die Möglichkeit des Entstehens einer arabischen Irredenta in Galiläa in Betracht gezogen, wo die Araber fast die Hälfte der Bevölkerung ausmachen und Versuche, die jüdische Bevölkerung durch neue Siedlungen zu vermehren, zu ungewöhnlich heftigen Demonstrationen geführt haben. Die politische Entwicklung in Zypern und Libanon haben in Israel tiefen Eindruck gemacht, weil in beiden Fällen das Problem des Zusammenlebens von Menschen verschiedener religiöser Tradition im Vordergrund steht. Der Wunsch, den jüdischen Staat nicht mit einer noch grösseren arabischen Minderheit zu belasten, ist gewachsen, die Ten-

denz, grössere besetzte Gebiete zu behalten, entsprechend schwächer geworden.

Es geht aber nicht nur um territoriale und Grenzfragen. Die arabisch-israelischen Beziehungen sind vergiftet durch Misstrauen, Abneigung und Hass. Erst wenn eine positivere Haltung sich durchsetzt, mit ehrlichem Willen zu Zusammenleben und Zusammenarbeiten, wird eine dauerhafte Friedenslösung möglich sein. Innerhalb Israels wird die entscheidende Frage sein, wie das Verhältnis der jüdischen Mehrheit des Landes zu ihren arabischen Mitbürgern sich entwickelt. Die Araber Israels können Brücke zur arabischen Umwelt sein; sie können für Israel aber auch ein schmerzhafter und gefährlicher Dorn im eigenen Fleische bleiben. Die Wichtigkeit der Aufgabe, zwischen diesen beiden Möglichkeiten zu wählen, ist offenbar noch nicht überall erkannt.

Wichtigste Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung Israels in der Zukunft bleibt eine Friedenslösung, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit gewährleistet. Israel braucht Frieden aus wirtschaftlichen Gründen, um der Verteidigungsausgaben und der Inflation Herr werden zu können. Es braucht Frieden, weil die seit 1948 anhaltende Bedrohung mit all ihren Gefahren und Belastungen auf die Dauer nicht durchzuhalten ist. Praktische und psychologische Probleme sind gleich wichtig. Erst wenn Israel Frieden hätte, würde man sehen können, was das Volk leisten und was es werden kann, auch zum Wohle anderer Völker.

II Endergebnisse der Wahlen zur 9. Knesset am 17. Mai 1977¹

	Stimmen- anteil 1977 (%)	Stimmen- anteil 1973 (%)	Gewinn oder Verlust (%)	Knesset- sitze 1977 1973	Gewinn od. Verlust an Sitzen
Wahlberechtigte	2 236 293	2 037 478			
abgegebene Stimmen (%)	1 771 726 (79,2)	1 601 098 (78,6)			
ungültige Stimmen (%)	23 906 (1,3)	34 243 (2,1)			
notw. Stimmzahl für einen Sitz	14 173	12 451			
Likud	583 075 (33,4)	473 309 (30,2)	— (3,2)	43 39	+ 4
Alignment	430 023 (24,6)	621 183 (39,6)	(15)	32 51	— 19
Demokratische Bewegung für den Wandel	202 265 (11,6)				+ 15
Nationalreligiöse Partei	160 787 (9,2)	130 349 (8,3)	+ (0,9)	12 10	+ 2
Agudat Yisrael	58 652 (3,4)			4	
Poalei Agudat Yisrael	23 956 (1,4)	60 012 (3,8)	— (1,0)	1 5	
Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Rakah-Kommunisten und Schwarze Panther)	79 733 (4,6)	53 353 (3,4)	+ (1,2)	5 4	+ 1
Shelli (Moked 1973)	27 281 (1,6)	22 147 (1,4)	— (0,2)	2 1	+ 1
Shlomzion (Ariel Sharon)	33 947 (1,9)			2	+ 2
Flatto-Sharon	35 049 (2,0)			1	+ 1
Unabhängige Liberale	21 277 (1,2)	56 560 (3,6)	— (2,4)	1 4	— 3
Bürgerrechte	20 621 (1,2)	35 023 (2,2)	— (1,0)	1 3	— 2
Vereinigte Arabische Liste	24 185 (1,4)	39 012 (2,5)	— (1,1)	1 3	— 2
Hofesh (Schwarzer Panther)	2 498 (0,14)	13 312 (0,9)	— (0,8)		
Die Neue Generation	1 802 (0,1)				
Kach (Rabbi Kahane)	4 396 (0,25)	12 811 (0,8)	— (0,55)		
Frauen-Partei	5 674 (0,3)				
Arabische Reform-Bewegung	5 695 (0,3)				
Beit Yisrael (Jemeniten)	9 505 (0,5)	3 195 (0,2)	+ (0,3)		
Koexistenz mit Gerechtigkeit (Arab. Liste)	1 085 (0,06)				
Zionistische Panther	1 798 (0,1)	5 945 (0,4)	— (0,3)		
Zionistische und sozialistische Erneuerung	14 516 (8)	erreichte nicht das Minimum von 1 %			
Weitere Listen von 1973	7 Listen	40 624 (2,3)			

¹ Entnommen aus »The Jerusalem Post«, 31. 5. 1977, aus dem Englischen übertragen von Iris Malitz.